

Sehr geehrter Vorsitzender,  
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Als Grüne Fraktion im Kreistag Bergstrasse können wir dem Beschluss des Landtages zu den Straßenbeiträgen nicht viel abgewinnen.

Ich will es mal so ausdrücken: Da ist die Schwarz-Grüne- liberale Mehrheit zu kurz gesprungen.

Sicher war es wichtig, den Zwang zur Erhebung von Straßenbeiträgen aufzuheben. Und es wäre nicht mal so falsch zu sagen: Wir geben das in die Freiheit der kommunalen Selbstverwaltung. Freiheit in der Entscheidung ist ja immer gut. Nur steht Freiheit ja auch immer in Bezug auf Gerechtigkeit. Und da hapert es gewaltig.

Zum einen erlaubt die neue Freiheit den reichen Kommunen, den wahrscheinlich auch eher reichen Einwohnern auf Beiträge zu verzichten, wenn der Haushalt das her gibt.

Für die ärmeren Kommunen, in denen wahrscheinlich auch eher die nicht ganz so reichen Menschen wohnen, wird es weiterhin einen Zwang zur Erhebung geben. Und wenn sie es trotzdem versuchen, so ist spätestens bei der Genehmigungsbehörde Schluss mit der Freiheit.

Besser wäre es, auf die Erhebung komplett zu verzichten und nach anderen Finanzierungswegen zu suchen, die die notwendigen Mittel solidarisch aufbringen, denn von guten Straßen profitieren ja nicht nur die Anlieger.

Ob diese Mittel komplett vom Land gegenfinanziert werden oder ob es Mischformen gibt – darüber kann man reden. Ich glaube, in dieser Sache ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Damit das so kommt, sind Signale aus den kommunalen Gremien wichtig.

Deshalb stimmen wir dem Antrag zu

Vielen Dank